

Offener Brief von Mitgliedern des Jugendverbandes Linksjugend [‘solid] - nrw an die Mitglieder der Partei DIE LINKE. NRW:

Für eine alternative Kommunalpolitik - linkes Profil und Glaubwürdigkeit wahren!

Liebe Genossinnen und Genossen,

als Jugendliche in Partei und Jugendverband wenden wir uns heute an euch, weil wir eine politische Debatte über die Strategie und die Vorgehensweise bei den anstehenden Kommunalwahlen einfordern. Bisher hat DIE LINKE. NRW keine tiefgehende inhaltliche Debatte über den Sinn und Zweck kommunaler Betätigung geführt, geschweige denn, daraus gewisse inhaltliche Konsequenzen gezogen. Diese Debatte muss jedoch geführt werden; nämlich die Debatte darüber, was für uns eine soziale Stadt bedeutet, wie wir Partizipation der BürgerInnen sicherstellen können und wie wir vermeiden wollen, im Räderwerk der Kommunalpolitik unter dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung unser Gesicht und unsere Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Bestimmte Fragen werden dabei im besonderen Maße in der Landespartei in verschiedenen Zirkeln erörtert, aber leider selten offen ausgesprochen! Hier wollen wir ansetzen. Denn diese Fragen müssen breit und transparent geführt werden. Wir wollen eine basisdemokratische Partei - dies setzt voraus, die Mitgliedschaft auch in die strategische Planung umfassend einzubinden.

1. Kandidatur mit eigenen BürgermeisterkandidatInnen? Inhalte zählen!

Eine der relevanten Fragen, die derzeit diskutiert werden, ist, ob wir eigene BürgermeisterkandidatInnen aufstellen oder nicht. Diese Frage lässt sich weder mit einem einfachen „ja“ noch „nein“ beantworten. Die Antwort darauf muss inhaltlicher Natur sein. Wir müssen unsere Anforderungen an eine alternative Kommunalpolitik benennen. Diese Anforderungen dürfen nicht verkürzt werden auf die Frage eigener Bürgermeisterkandidaturen. Die folgenden Punkte sind zentral und unabdingbar. Ohne sie fehlt das Kernelement alternativer Kommunalpolitik. Sollten diese daher nicht eingehalten werden können von eventuellen PartnerInnen, dürfen unter keinen Umständen Bürgermeisterkandidaturen anderer Parteien unterstützt oder Koalitionen eingegangen werden. Auch müssen diese Punkte zentrales Kernelement unserer Oppositionsarbeit sein. Sicherlich ist die Liste offen, d.h. ergänzungswürdig. Diese Ergänzung sollte Teil der Debatte in der Partei sein.

- Keinerlei Privatisierung von Gemeindeeigentum, auch nicht in Form von PPP-Modellen. Was uns gehört geben wir nicht her! Vielmehr: Rekommunalisierung bereits privatisierter Einrichtungen.
- Keine Politik gegen Jugendliche! 10% Ausbildungsquote in den Verwaltung und Schaffung von selbstverwalteten Jugendzentren.
- Einführung starker Vergünstigungen für alle armutsgefährdeten Menschen. Kostenlose Schülbücher und ÖPNV-Tickets, sowie Möglichkeiten kostenloser oder stark preisreduzierter Teilnahme am kulturellen Angebot gehören zur Grundversorgung!
- Für bürgernahe Verwaltungen: Transparenz in der Verwaltung, d.h. bürgerfreundliche Versionen von Haushalten und BürgerInnenversammlungen für relevante kommunalpolitische Fragen; keine Beteiligung an Filzstrukturen, sondern Forderung nach Offenlegung kommunaler Beteiligungsstrukturen und personeller Verflechtungen.
- Erhalt und Ausbau städtischer Kultur-, Freizeit-, und Sporteinrichtungen.

2. Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen?

Der Name DIE LINKE darf nicht zum Markenzeichen für einen Alleinvertretungsanspruch im linken Spektrum werden. Vielmehr müssen wir mit anderen linken Initiativen und Parteien zusammenarbeiten - denn nur gemeinsam sind wir stark. Dabei können wir von der häufig langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung von Menschen aus diesen Gruppen profitieren. Eine Partei, die ihre Programmatik als sozialistisch begreift, muss in besonderem Maße Solidarität und Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten üben. Dass dies an manchen Orten nicht immer einfach ist, ist uns bewusst. Gleichwohl darf nicht voreilig jede Zusammenarbeit ausgeschlossen und unerfüllbare Forderungen aufgestellt werden. Gleichberechtigte Zusammenarbeit funktioniert nämlich nur, wenn man die Identität des anderen achtet und ernst nimmt. Die Antwort kann also nur lauten: Offene Listen müssen drin sein, auf denen auch Menschen aus anderen Parteien, hier insbesondere die DKP, kandidieren können.

3. NEIN zu Privatisierung- JA zu Rekommunalisierung

Der Kampf gegen Privatisierung betrifft nicht nur Einrichtungen, die allein in städtischer Hand sind. Er geht darüber hinaus: Eigentum der Kommune muss Eigentum der Kommune bleiben. Dies gilt auch bei Beteiligungen an privatrechtlich organisierten Unternehmen durch Aktienanteile o.ä. Kurzfristige positive Haushaltseffekte durch Verkäufe dürfen nicht über die Folgen für die Allgemeinheit hinwegtäuschen. Denn wo die Stadt ihr Eigentum aufgibt, stehen die privaten Investoren meist schon bereit, um weitere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge dem Ziel der Profitmaximierung zu unterwerfen - zu Lasten des Gemeinwohls und der EinwohnerInnen. Gerade im Energiesektor, wo viele Kommunen Anteile an RWE besitzen, gilt dies im besonderen Maße: Wollen wir dem Energiekartell das Handwerk legen, so ist der Einfluss kommunaler Beteiligungen ein wesentlicher Schritt auf dem Weg, den Energiesektor wieder in staatliche Hand zu holen!

4. Mit den BürgerInnen!

Wichtig ist, dass die RatsvertreterInnen, die auf Listen der LINKEN in die Gemeinde-, Kreis- und Stadträte einziehen, sich nicht von den BürgerInnen entfernen dürfen. So müssen linke MandatsträgerInnen sich als eine Art parlamentarischen Arm begreifen, der Sozialinitiativen, Anti-Nazi-Bündnisse, Bürgerinitiativen, Jugendverbände usw. in den Parlamenten vertritt und ihre Anliegen zur Sprache bringt.

Bezüglich der von uns aufgeworfenen Fragestellungen bitten wir den Landesvorstand von DIE LINKE. NRW um eine Stellungnahme. Des Weiteren hoffen wir auf eine offene Diskussion im Landesverband. Hier hielten wir es bspw. für sinnvoll, eine Diskussionsveranstaltung zu einer alternativen Kommunalpolitik zu veranstalten und die hier aufgeworfenen Punkte zu diskutieren.

UnterzeichnerInnen: Niema Movassat (Jugendpolitischer Sprecher DIE LINKE. NRW, Bezirksvertreter Oberhausen-Sterkrade), Fabian Bünnemann (Landessprecher Linksjugend [solid] – nrw, Dortmund), Kai Dornis (Landesratspräsidium Linksjugend [solid] – nrw, Aachen), Iris Bullerdiek (Landessprecherin Linksjugend [solid] - nrw), Michael Schreiner (Kreisvorstand DIE LINKE, Heinsberg), Stefan Müller (Sachkundiger Bürger Dortmund), Özlem Alev Demirel (Ratsmitglied Köln), Alexander Scheibe (Dortmund), Anna Conrads (Landesratspräsidium Linksjugend [solid] – nrw, Duisburg), Dino Omanovic (Bonn), Konstantin Löbbert (Bundssprecher Linksjugend [solid], Bezirksvertreter Dortmund-Scharnhorst), Benjamin Marschall (Kreisvorstand DIE LINKE. Siegen), Hannes Draeger (Koordinierungsrat Die Linke.SDS NRW, Münster), Laurin Bongartz (Sprecher Linksjugend [solid] Ennepe-Ruhr), Markus Fey

(Oberhausen), Alban Werner (Aachen), Ferit Atac (Kreissprecher Die LINKE. Warendorf), Bakis Demir (Landessprecherin Linksjugend [solid] – nrw, Duisburg), Azad Tarhan (SprecherInnenrat Linksjugend [solid] Duisburg), Tobias Weihrauch (Oberhausen), Jochen Völlmecke (Dortmund), Martin Goeke (Mitglied im Jugendhilfeausschuss Oberhausen), Mona Bünnemann (Landesratspräsidium DIE LINKE. NRW, Dortmund), Judith Benda (Landessprecherin Linksjugend [solid] - nrw), Hilmar Schulz (Sprecher Linksjugend [solid] Kreis Wesel)), Laura Wollny (jugendpolitische Sprecherin DIE LINKE. NRW, Essen), Dirk Kluwig (Köln), Patrick Oberjat (stellv. Sprecher Linksjugend [solid] Ennepe-Ruhr), Sven Kühn (Duisburg), Mareike Haurand (Kreisvorstand DIE LINKE. Dortmund), Lasse Klopstein (Bezirksvertreter Aachen-Mitte), Finn Siebert (Landessprecher Linksjugend [solid] – nrw, Dortmund), Daniel Bihlmayer (Gütersloh), Nicole Sanker (Gütersloh), Marco Lehmann (Sprecher Linksjugend [solid] Gütersloh), Anatol Koch (Kreisgeschäftsführer DIE LINKE. Bonn), Markus Körner (Landesratspräsidium DIE LINKE. NRW).